

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Festtage Die Neue Welt): Richard Gausch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Götze, Magdeburg. Verlag von Richard Gausch, Magdeburg. Druck von Franz Götze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Or. Mühlstraße 9, Fernsprecher 961. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Annum 9 Mk. 75 Pf. In Deutschland monatlich 1 Exemplar, 170 Pf., 2 Exemplare 2,90 Mk. In der Provinz und den Auslandsteilen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1,00 Mk. Bei den Postanstalten 25 Pf. extra. Einzelhefte 5 Pf. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inliefersgebühren die sechsgehaltene Zeitungszeitung 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 1920

Nr. 237.

Magdeburg, Donnerstag, den 10. Oktober 1901.

12. Jahrgang.

Nachklänge zum Lübecker Parteitag. *)

I. Das Lob der Gegner.

Singer hat in seiner zusammenfassenden Abschiedsrede die Worte gesprochen: „Parteigenossen! Das was jetzt schon die gegnerische Presse über unsere Verhandlungen schreibt, das Indianergeheul, in das sie ausbricht, der Jubel über die Streiterei und Häuferei auf unserem Parteitag, es läßt uns dieses ebenso kalt, wie uns kalt läßt das Lob unserer Gegner.“

Die Schlussreden Singers in hohen Ehren, er hat in ihnen manche treffende Bemerkung, manches zündende, die Situation hell erleuchtende Wort niedergelegt, aber mit der eben citierten Äußerung hat er gründlich danebengetroffen und diejenigen Genossen, die — nach dem Bericht des „Vorwärts“ — an dieser Stelle applaudierten, haben wie er damit lediglich ein kurzes Gedächtnis dokumentiert.

Gewiß — darin sind wir noch die Alten — die Anfeindungen und Schmähungen unserer Gegner lassen uns kalt, sie haben auch in Lübeck nicht auf die Verhandlungen eingewirkt, aber darin sind wir oder wenigstens ein großer Teil von uns empfindlich, sogar hypernervös geworden: Wir hören mit gespitzten Ohren das Lob unserer Gegner und räumen ihm einen wesentlichen Einfluß auf unsere Kritik wie unsere Urteile ein. In der Abrechnung mit Bernstein ist von den verschiedensten Rednern zu wiederholten Malen auf die Thatsache verwiesen worden, daß die Gegner oder richtiger einige Gruppen derselben diese oder jene Auslassung Bernsteins oder gar den ganzen Bernstein lobten, um ohne weiteren Beweis darans zu schließen oder den Schluß nahe zu legen, wie gefährlich und schädlich der also belobigte Bernstein für die Parteigenossen wäre! Dabei hat sogar im Casseler

aus diesen tauben Müssen schälen sie als Stern heraus, daß unter dem „utopischen Marxismus“ vom „Zustandsstaat“ abgesehen lediglich die Emanzipation der Arbeiterklasse durch sich selbst, der Kampf der Klasse gegen die Klasse zu verstehen ist. Dieser Kampf ist es, der ihnen den vollen Magen ihrer Lohnerbrennen bedrückt; dieser ist es, der ihnen die bange Hoffnung raubt, die Arbeiter als Vorwärt für den kapitalistischen Marren ihrer Arbeitgeber in irgend einer Zukunft zurechtzuwähnen, und diesen möchten sie um der goldenen Seligkeit willen gern aus der Welt hinweg — leben.

Sat daher Bernstein die Katastrophen- oder strictheorie bemängelt, flugs wird er zum Unterminierer des Marxismus ernannt, des „Marxismus“, den jene Halben im Geiste sich konstruiert haben. Sat irgend ein anderer Parteigenosse — einer von den „Reinigen“ oder der „ganzen Anzahl“ — in der praktischen Gegenwartsarbeit ruhig und besonnen, aber mit allem Nachdruck, den Parteitag um ein Stück vorwärts gerückt und sich dabei als ein höflicher und gebildeter Mensch erwiesen, der von dem kapitalistischen Zeitalter nicht mehr verlangt, als es zu bieten in der Lage ist — sofort wird sein Name als einer derjenigen ausgedreht, der dem „utopischen Marxismus“ — lies: dem Klassenkampf — Lebenskraft einhaucht und das Seine thut, um die bitterböse Sozialdemokratie zu einer kammfrömmen „radikalen Reformpartei“ umzuwandeln. Und da, je zahlreicher wir werden, je vielseitiger wir in das kapitalistische Staats- und Produktionsgetriebe eingreifen, die Zahl derjenigen Parteigenossen immer größer wird, die praktisch für die Gegenwart und die nächste Zukunft arbeiten, ohne das Endziel dabei für sich aus dem Auge zu verlieren, wenn sie auch keine Gelegenheit erhalten und finden, dies Selbstverständliche besonders zu betonen — so kann

mittag im Rathause ein an den Oberbürgermeister gerichtetes Telegramm ein, in welchem Herr von Lucanus im Auftrage des Kaisers Herrn Stürchner und Stadtbaurat Hoffmann erjudet, in Angelegenheit der städtischen Bauten morgen vor-mittag nach Subertusstod zu kommen. . . Wenn auch die aktuelle Frage des Märchenbrunnens in der Unterredung einen breiten Raum einnahm, so beschränkte sich der Monarch keineswegs auf dieses Werk. Zahlreiche große Bauten, die von der Stadt teils bereits in Angriff genommen, teils in den Projekten fertig sind, wurden besprochen. . . Aber die Unterhaltung beschränkte sich nicht nur auf die weitere bauliche Entwicklung der Reichshauptstadt. Wie wir aus bester Quelle mitteilen können, wurden alle Tagesagenberührt, die seit einiger Zeit die Gemüter der Berliner Bevölkerung wegen ihrer außerordentlichen lokalen Bedeutung beschäftigten, so daß sowohl die Bürgermeisterwahl als die Angelegenheit der Linden-Heberführung in den Kreis der Erörterung gezogen wurden.

Man wird abwarten müssen, ob sich die Berliner Stadtverordneten am Donnerstag durch die Audienz von einer unangenehmen Beurteilung der Sachlage abbringen lassen.

Interessant ist die Haltung der liberalen Presse gegenüber der Entscheidung des Oberpräsidenten in der Frage der Wiederwahl Kaufmanns. Alle wimmern sie darum, daß hier ein Streurecht verliert sei, daß der Streurecht die Entscheidung nicht vorenthalten werden dürfe usw. Der „Vorwärts“ giebt über diese totale Verkennung der Sachlage seinen Spott aus. Es sei seit langer Zeit kein solcher Fortschritt gemacht worden, als die staatsrechtliche Auffassung, auf der die oberpräsidiale Entscheidung beruht. Was besseres läßt sich gar nicht wünschen, als diese Ausschaltung der Krieme, als diese Verfügung, die endlich die greifbare

Parteigenossen — zwei Minuten später hieß es schon: eine ganze Anzahl von Personen — haben, die fortgesetzt von den Gegnern gelobt werden. Freilich, fügt er hinzu, ist das Schicksal der fünf von einem Teil der bürgerlichen Presse zu Mißtrauen heraufgelobten „sehr unverdient“, aber erschwerend kommt für sie nach Bebel gleichwohl in Betracht, daß sie nicht ein einziges Mal Veranlassung nehmen, dieses für sie geradezu kompromittierende Lob in die gehörigen Schranken zu verweisen, sich zu verbitten, daß man ihnen Tendenzen unterschiebt, die sie nicht haben, und zu erklären: Wir stehen fest zur Partei“. Und weil dies nicht geschieht, ist man, Bebel an der Spitze, leicht geneigt, aus dem unverdienten ein verdientes Schicksal zu machen.

Mit Verlaub: Ueber die Parteizugehörigkeit entscheidet doch wohl in erster und zugleich letzter Linie die Gesinnung und die Thätigkeit in der Partei, niemals aber die Stellungnahme irgend welcher bürgerlichen Gegner zu der einen oder der anderen. Wäre dem anders, so hätten unsere Gegner es leicht, mit uns fertig zu werden: Sie brauchten uns nach und nach nur freischweg auseinander zu — loben.

Sicherlich ist es nicht besonders angenehm, vom Gegner gelobt zu werden. Aber was sollen die davon Betroffenen dagegen machen? Sollen sie wirklich nach jedem derartigen Zeitungsartikel oder nach jeder Notiz in einer gewichtigen Erklärung der Welt und der Partei mitteilen, daß das Lob ganz unberechtigt sei, daß sie trotz oder wegen desselben nach wie vor erst recht freu zur deutschen, zur internationalen Sozialdemokratie ständen? Das kann im Ernst doch wohl niemand verlangen. Gegenüber dem Lobe des Gegners sind wir so ohnmächtig wie gegenüber seinem Tadel. Beides soll uns daher gleichermaßen kalt lassen. Wir bedürfen weder des einen noch des anderen, um unsere Führer auf ihre Parteireinheit nachzuweisen. Ihre Thaten und Handlungen bieten Volumen genug für die Parteiwage und diese Thaten und Handlungen werden auf öffentlichem Markte begangen, sie sind also jedem Parteigenossen erreichbar.

Dies erstlich. Zum Zweiten empfiehlt sich Eisesruhe gegenüber den Lobesworten der Gegner aus dem Grunde, weil sie in der Beurteilung unseres Wollens und Vollbringens, zum mindesten des ersteren die unsichersten, konjunctesten Man-tonisten sind. Sie rennen alleamt Sturm gegen den „Marxismus“ mit all seinen „Utopien“. Und was gegen sie darunter? Sie, die Herren Zeitungsschreiber? So gut wie nichts; wenn aber überhaupt etwas, so ein nebelhaftes Ungehener, das sie selbst, die allerunterthänigsten Antikapitalistischer Zeitungsfabrikherren, zu verschlingen drohe. Haben Sie aber wirklich sich mit der Materie beschäftigt, so nur in der Form und der Verfälschung, in der sie ihnen von einigen ordnungsliebenden, die Harmonie predigenden Professoren auf den Schreibtisch geworfen worden ist. Und

den, Parvus und Rosa meinteign ausgenommen, die vermutlich bis an ihr hoffentlich fernes Ende Abend für Abend mit ihrem „sozial-revolutionären“ Semde in ihr allein „zielbewußtes“ Velt steigen werden.

Damit wäre denn das heiß ersehnte Ende gekommen: die unbezwingbare Festung der Sozialdemokratie wird von der Sozialdemokratie erstürmt und auf ihren Trümmern hoch nur noch ein einfaches verlassenes Pärchen: Parvus und Rosa.

Man sieht, zu welchem ergötzlichen Widerstimm es führt will man den Lobesworte der Gegner folgen. Aus diesem Grunde ist es allein angebracht, wir ignorieren gleicherweise das Lob tölpelhafter Berechnung, wie den Tadel profittunarien Unverstandes. Von unseren Gegnern, sie mögen schillern in welchen Farben immer sie wollen, trennt uns eine Welt, die breitere Luft, die jemals auf Erden zwischen Menschen und Menschen sich aufgethan hat. Ueber sie hinweg darf nichts gehen: weder das Geschrei des Tadels noch das schmeicheleische Stillsitzen des Lobes. Am allerwenigsten darf das festere gegen Parteigenossen in einer sachlichen Debatte Verwendung finden.

Wir stehen für uns allein, wir kämpfen für uns und wir schenken den berechnenden Einklüsterungen der Gegner kein noch so leichtes Gehör. Wenigstens sollten wir das nicht thun. — ph-

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. Oktober 1901.

Die Audienz.

Alle ertvilen Mannesseeelen in Berlin, und ihrer giebt es im liberalen Bürgerium eine ersckliche Menge, schlagen Had vor Freude: Der Kaiser hat aus eigener Initiative, ohne nachmals eine Bitte des Oberbürgermeisters abzuwarten, diesen und den Stadtbaurat Hoffmann zu einer Audienz geschieden und im Anschluß daran beide Herren sogar zur Tafel geladen.

Hoffmann! Nunmehr wird es wieder hell werden über Berlin, die finsternen Wolkcn in Gestalt der Lindenunterthürungs-, in Gestalt der Märchenbrunnens, in Gestalt der Nichtbestätigungsfrage, sie werden verschwinden wie der Schnee vor der Aufsonne!

Das Leitblatt des gedankenlosen Berliner Philisters, der Scherliche „Lokal-Anzeiger“ giebt diesem seligen Gefühl in einem von Servilitätsausbrüchen gelegentlich unterbrochenen Artikel Ausdruck. Es heißt darin: „Der Empfang an sich selbst, wie die gnädigen Formen, in denen er sich vollzog, dürfen als ein gewiß hochwillkommenes Anzeichen dafür betrachtet werden, daß auch an Allerhöchster Stelle der Wunsch nach Frieden und Einvernehmen gestiftet wird, den der Oberbürgermeister namens der Kommunal-Verwaltung in der letzten Sitzung der Stadtverordneten Ausdruck verliehen hatte. . . Wöllig unvermutet traf Montag nach-

Freistimm mit solcher Veränderung der Sachlage sehr zufrieden sein könnte. Aber nein: Unter braver Freistimm hat in diesen Zeiten des innerlich härtesten Konflikts keine wichtigere Sorge, als sich — um die Rechte der Krone zu foracn, sie zu schützen gegen die „Inraumei“ des Oberpräsidenten, als Laqil in die Konströsitäten des preussischen Staatsrechts zu bringen. —

Gegen den Wuchertarif

hat nunmehr im bayerischen Landtage der Genosse v. Bollmar in einer wichtigen Rede Stellung genommen. Er hob die Frage von dem niedrigen Niveau, auf das sie in den letzten Tagen, besonders durch den „Liberalen“ Casselmann, heruntergezogen war, wieder auf die Höhe, die sie verdient.

Die vorliegende Frage, so führte er u. a. aus, sei eine Wuchfrage, die Entscheidung liege bei den realen Machtaktoren. Die meisten Redner haben den realen Satz wiederholt, die Sozialdemokraten seien Bauernfeinde. Wir haben aber fast allen Forderungen für die Landwirtschaft zugestimmt, und wo wir etwas abgelehnt haben, so geschah das nicht, weil es für die Landwirtschaft verlangt wurde, sondern weil der Ansicht waren, daß es nur einem kleinen Teile der Landwirtschaft zu gute komme. Redner legt nun mit Jubelstimmung verschiedene Citate aus den Werken des Abg. Dr. Jäger über Agrarfragen dar, daß der von den Sozialdemokraten in der Zollfrage eingenommene Standpunkt früher von den Führern des Centrums, wie Schorlemmer-Voss, Reichensperger u. a., sowie auch von Dr. Jäger und von Dr. Nuchland ebenfalls festgehalten wurde, und daß die vom Centrum jetzt an dem Standpunkt der Sozialdemokraten geübte scharfe Kritik auch jene Herren treffen müsse, die sich eines so großen Ansehens beim Centrum erfreuen. Ich resumiere mich dahin: Der größte Teil der Landwirtschaft wird nichts von den Zöllen haben, ein geringer Teil einen sehr wesentlichen Schaden. Die meisten Landwirte seien nur das, was sie bekommen werden, aber nicht auch das, was ihnen durch die hohen Industriezölle genommen wird.

Was die Arbeit erlangt, so werden sie alles gegen die Zölle daran setzen. Den Tarif haben Sie noch nicht, und Sie werden ihn überhaupt nicht bekommen, wenn die Prophezeiungen des Abg. Beckh, der preussischen Konservativen und der Junker sich als richtig erweisen. Der Abg. Beckh hat gestern gesagt, daß die Vertreter der Landwirte den Tarif nur mit den Minimalfällen annehmen, und der Abg. Dr. Heim sagte, daß die Bauern vom Tarif nichts haben, wenn nicht der gleiche Zoll für alle vier Getreidarten eingeführt werde. Wenn die preussischen Junker und Agrarier ihr Wort einlösen, dann werden Sie den Zoll überhaupt nicht bekommen. Sollte aber werden, der Zoll kommen — die Bauern werden in jedem Fall die Gopressen sein, denn nicht sie sind es, die auf dem Wagen sitzen, sondern sie ziehen, und die Leiter, die ausschlaggebenden preussischen

*) Die nachfolgenden kritischen Betrachtungen, die uns von einem Freunde unseres Blattes zur Verfügung gestellt werden, bringen wir gern zum Abdruck, da sie die in Lübeck gefaßten Beschlüsse zum Teil in eine interessante neue Beleuchtung rücken.

Zunfer machen das Gesetz für sich und nicht für die Bauern
Verlassen Sie sich darauf: den gleichen Zoll für die
vier Getreidearten werden Sie nicht be-
kommen und den 6 Mark-Zoll für die Gerste
auch nicht! Dagegen können Sie die Futtermittel teuer
kaufen und was die Viehzucht betrifft, so können Sie gewiß
sich, daß die jetzigen Begünstigungen für den Grenzverkehr
nicht fortbauern werden. Wenn dann einige Jahre vorüber
sind und die Bauern leben, wie die Beschwerung aussieht, dann
werden sie einsehen, wer den Vorteil hat und daß es richtig
war, was wir Ihnen von den preussischen Zunfern sagten.
Was uns Sozialdemokraten anlangt, so werden wir im
Interesse des konsumierenden Volkes und im Interesse der
Landwirtschaft selbst gegen die Vorlage fortkämpfen, und
Sie können sich darauf verlassen, daß wir den äußersten
Widerstand leisten werden.

Nach einigen belustigten Bemerkungen eines Centrums-
abgeordneten und zweier Minister wurde darauf die mehr-
tägige Brotwucher-Debatte geschlossen. Die Sozialdemo-
kraten können mit ihr zufrieden sein. Sie haben nicht ver-
stämmt, auch bei dieser Gelegenheit dem Volke die Augen
über die agrarische Lagehellheit zu öffnen. —

Der Tod des Emirs von Afghanistan,

den wir gestern schon meldeten hat eine größere politische
Bedeutung, wie der Uebersicht im ersten Augenblick
anzunehmen geneigt ist.

Zwischen dem indischen Reich und den mittel-
asiatischen Besitzungen Rußlands eingeklinkt, hat
Afghanistan, so zeichnet die „Voss Mg.“ zutreffend die
Situation, bisher die Schranke gebildet, welche einen be-
waffneten Zusammenstoß der Russen und der Engländer
verhindert hat. Aber der Entscheidungskampf um die Herr-
schaft in Mittelasien ist eine historische Notwendigkeit, zu
der die beiden Mächte durch die unerbittliche Logik der That-
sachen gedrängt werden.

Langsam und bedächtig, jeden sich anbietenden Vor-
teil sorgfältig auszunutzen, sind die beiden Nebenbuhler —
Rußland von Norden, England von Südosten — militärisch
gegen die afghanischen Grenzen vorgedrungen. Zunächst
kam es darauf an, durch Kluge Entfaltung der Militärmacht
den Emir zu beeinflussen und in Afghanistan selbst politische
und wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Denn dessen sind
sich Engländer wie Russen bewußt, daß die Vorherrschaft in
Afghanistan so viel bedeutet, wie den sicheren Sieg in der
entscheidenden Stunde. Allein Abdurrahman, der verstor-
bene Emir, war nicht der Mann, sich einschüchtern zu lassen
und widerstandslos fremden Einflüssen zu folgen. Er kannte
die beiden Mächte ganz genau, die um seine Freundschaft
buhlten, um ihm zu gelegener Zeit plötzlich den Fuß auf den
Nacken zu setzen. Emir Abdurrahman hielt sich sowohl den
Engländern wie den russischen Armeen in gebührender Entfernung
und kümmerte sich wenig darum, daß beide sich durchaus
entläßt fühlen. In den letzten Jahren seiner Herrschaft
die Verhältnisse derart gestaltet, daß er selbst gegen
jeden, als die beiden Mächte, die ihn mit Liebes-
werbungen verfolgten. Im Afghanistan unabhängig zu er-
halten, richtete er sein Hauptaugenmerk auf die Schlagfertig-
keit seines Heeres und auf die Verteidigungsfähigkeit der
Gebirgspässe längs der Landesgrenzen.

Dies ist die Lage der Dinge im Augenblicke, da die
Meldung vom Tode Abdurrahmans eintrifft. Ein Thron-
wechsel in Afghanistan ist keine einfache Sache. Er kann
ausnahmsweise einmal glatt und ruhig vor sich gehen, die
Wahrscheinlichkeit aber spricht dafür, daß es dabei nicht ohne
schwere Wirren ablaufen wird. Jedenfalls wird die Aende-
rung der inneren Verhältnisse Afghanistans plötzlich einen
wilden Wettlauf der beiden äußeren Nebenbuhler entfesseln
und niemand kann wissen, ob nicht dabei zu ungelegener
Zeit die Köpfe aneinanderstoßen. Der Tod Abdurrahman
macht in England großen Eindruck und die englische Presse
zeigt sich sehr nervös. —

Festsetzung.

Volk und Kunstgefang.

In der vom Ausich für Volksvorlesungen in Frank-
furt a. M. einberufenen, ungemein zahlreich besuchten Ver-
sammlung des Frankfurter Volksschors am Donnerstag, den
3. October, hielt Herr Professor Dr. Scholz, Direktor
des Hochischen Konservatoriums, der Begründer und Ehren-
präsident, eine Rede, die wir im Hinblick auf die wertvollen
in ihr enthaltenen Gesichtspunkte über Beteiligung des Volkes
an der Kunst in ihrem Wortlaut mitteilen:

Gehörte Versammlung! Gestatten Sie mir, mich noch-
mals über die Ziele des Volksschors auszusprechen und Ihnen
mitzuteilen, was vorbereitet worden ist, um dies zu erreichen.
Es will mir scheinen, als ob nicht alle wüßten, was mit
dem Volksschor und durch ihn erreicht werden soll. Es liegt
keineswegs die Absicht vor, etwa neue Gesangsvereine zu
gründen, deren Zahl ich gerade groß genug, sondern es ist
mein und meiner Mitarbeiter Wunsch, eine gute, grundlegende
musikalische Schulung und Bildung in die weiten Kreise hin-
ein zu tragen, denen sie bisher abging. Der größte Teil
der Menschen ist musikalischer Ausbildung fähig; die meisten
besitzen genügend gutes Gehör, rhythmisches Gefühl und auch
Stimme genug, um sich am Chorgesang beteiligen zu können.
Ich will nicht den Wert und die Bedeutung der Gesangsvereine
bestreiten oder gar herabsetzen, in denen sich Männer nach des
Tages Last und Mühe zum Einstudieren kürzerer Chöre und
zu geselliger Erheiterung zusammenfinden. Diese Vereine wirken
viel Gutes und Erfreuliches. Ich hoffe aber, daneben noch
höheres und Schöneres zu erreichen. Bisher waren die
Frauen der Arbeiter von solchen Bestrebungen ganz
ausgeschlossen, ich wünsche, daß auch sie, daß alle Glieder
unseres Volkes an den herrlichen Werken, die ihm unsere
großen Tonmeister geschenkt haben, ihr volles Teil haben
und einen Genuß finden möchten, der weit über das hinaus

geht, was der Männergesang in seiner wohl bedeutenden,
aber doch immerhin beschränkten Sphäre zu bieten im-
stande ist. Denn nicht darin, sondern in Werken für den
vollen Chor liegen die großen Schätze, die ich Sie veran-
lassen möchte, zu heben. Alle unsere großen Chormeister,
von Bach, Händel an bis in die neueste Zeit, haben ihr
Bestes in Werken für den vollen Chor gegeben; sie wollten
und durften den Klang der weiblichen Stimmen nicht ent-
behren, wenn sie das aussprechen wollten, was nicht nur
die Männer, sondern das ganze Volk bewegt, und wir
können die Mitwirkung der Frauen und Mädchen nicht
entbehren, wenn wir die Kunst im Volke auf eine höhere
Stufe heben wollen. Mein Wunsch und meine Hoffnung
ist, daß die vorbereitende Arbeit dafür recht bald ganz in
die Volksschule verlegt, und daß der Gesangsunterricht dort
in einer Weise betrieben werde, daß jedes musikalisch begabte
Kind dahin komme, Noten so gut und fließend zu lesen, wie
es Schrift liest. Das ist bei allem guten Willen der Lehrer
bis jetzt nicht erreicht worden, davon haben mich die Auf-
nahmeprüfungen für den Volksschor überzeugelt. Das ist zu
erreichen ist, beweisen die Resultate unserer bisherigen Tätig-
keit in den Volksschorklassen. Was uns da in den wenigen
Unterrichtsstunden, zu denen Männer und Frauen nach der
Erkundung durch anstrengende Tagesarbeit am späten Abend
zusammen kommen, gelungen ist, ist bei weitem noch nicht
genügend, aber doch schon hocherfreulich, und veranlaßt uns,
an unseren Bestrebungen festzuhalten, veranlaßt mich, Sie zu
bitten, uns in dieser Arbeit zu unterstützen. Ich darf auf die
zwei wohl gelungenen Konzerte hinweisen, welche unsere ersten
Volksschorklassen in diesen Räumen gegeben haben. An den
leuchtenden Blicken der mitwirkenden Frauen und Männer
konnte man erkennen, welche Freude ihnen selbst der Gesang
machte, und wie sie sich dadurch gehoben fühlten, daß sie
solches zu bieten imstande waren. Aber es ist nur ein
Anfang dessen, was werden soll. Ich hoffe, in diesem Jahre

welcher dieser Verband nunmehr von stapitals Ungnaden er-
litten hat, ein starker und weertvoller Zufluß an Rekruten
zu teil werden. —

Deutschland.

Berlin, 9. October. Die Meldung, wonach eine
völlige Gleichstellung der Oberlehrer mit
den Richtern bezüglich des Dienstverhältnisses in naher
Aussicht stehe, trifft nach einer anscheinend aus dem Finanz-
ministerium inspirierten Verlautbarung in dieser Form
nicht zu. —

Ein Wechsel in der hiesigen Vertretung der
Vereinigten Staaten von Nordamerika wird vom
Londoner „Globe“ angekündigt. Wie die „Magdeb. Btg.“
erfährt, wird diesem Blatte aus New-York gemeldet, der
amerikanische Botschafter in Berlin, Herr White, habe seine
Entlassung gegeben. —

Dem Vernehmen nach plant der preussische Minister
des Innern eine einheitliche Regelung des
Meldewesens für die ganze Monarchie, nachdem sich
eine Aenderung der geltenden Meldevorschriften in der Rich-
tung als erforderlich herausgestellt hat, daß unter bestimmten
Voraussetzungen auch eine nur vorübergehende Ab- und An-
wesenheit zur polizeilichen Ab- und Anmeldung verpflichtet.

Die Reisekosten des Prinzen Tschun
während seines Aufenthaltes in Deutschland sollten in einer
durch die Mütter laufenden Mitterlung dem Kaiser und dem
Reich zur Last gefallen sein. Das ist jedoch nicht zutreffend.
Wichtig ist nur, daß Prinz Tschun mit seinem Gefolge, wie
andere außerordentliche Gesandtschaften, auch freie Fahrt
auf den deutschen Bahnen gehabt und in Danzig,
wo er als Gast des Kaisers weilte, auf Kosten des künftl.
Hofes gelebt hat. Alle sonstigen Kosten ihres Aufenthalts
in Deutschland hat die Gesandtschaft selbst getragen. —

Ein kommissarischer Bürgermeister ist in
Berlin überhaupt noch nicht dagewesen. Der Oberpräsident
wird sich nicht verhehlen, so meint die „Dreimonats-Zeitung“
in welche ich diese Stellung eine derartige Persönlichkeit
gerade in Berlin geraten muß. Die Dezerenate, die Herrn
Viermann übertragen waren, braucht ein Regierungs-
kommissar nicht zu erhalten. Die Verteilung der Dezerenate
hängt von dem Belieben des Oberbürgermeisters ab. Wenn
der Oberbürgermeister nicht gerade krank oder auf Reisen
ist, kann ein solcher Bürgermeister auf die ornamentale
Stellung beschränkt werden, Ansprachen zu halten am
Brandenburger Thor bei irgend welcher Einzugfeier. Stauff-
mann kann alle Dezerenate erhalten, die er als Bürgermeister
würde bekommen haben. Auch steht nicht entgegen, ihm
für eine besonders angestrenzte Tätigkeit eine Remuneration
zu gewähren, die ihn in seinem Einkommen dem beständigen
Bürgermeister gleichstellen würde. Auch bei Herrn Viermann
war dies ja der Fall. Am wenigsten kann durch Reskripte
des Oberpräsidenten, der geschäftlich mit dem Ober-
bürgermeister der Magistratsmitglieder und Stadtverordneten mit einer
Zwangsbürgermeister geregelt werden. In erster Zeit
wird die Position eines solchen Bürgermeisters einer gewissen
Stellung in dem städtischen Berlin nicht entsprechen. —

Unzufrieden mit Graf Bülow ist die „Voss-
Zeitung“. Sie weist darauf hin, daß in einigen Tagen ein
Jahr seit der Uebernahme des Reichskanzleramtes durch
Bülow verlossen sei, und sie beklagt wehleidig, daß so rein
gar keine der vielen liberalen Mitenträume in dieser Zeit zur
Reife gelangt sind. Griesaränig und geschast schreibt sie
zum Schluß: „Wenn der unbefangene Beobachter den Kurs,
den wir gegenwärtig steuern, kritischen soll, so ist diese Arbeit
nicht leicht; denn es wird laubert nach verschiedenen Seiten.
Zu ganzen aber wird man sich darin kaum täuschen, daß er
ein gut Stück weiter rechts geht, als unter
Hohenlohe, und daß die bedeutendste Leistung der Re-
gierung des allernuesten Kurtes auf dem Gebiete der
inneren Politik die akademische Festrede des Grafen

mit den beiden vereinigten Klassen des Volksschors ein großes
Werk, die „Schöpfung“ des ewig jungen Josef Haydn, zur
Ausführung zu bringen und bin gewiß, daß wir das können,
wenn die bisher bewiesene rühmliche Ausdauer der Chor-
mitglieder nicht nachläßt. Das ist freilich die Bedingung! . . .
Es muß in allen Kreisen der Arbeiterschaft bekannt werden,
um was es sich handelt, um die Verbreitung höchster und
edelfter Kunst im Volke, darum, daß es sich durch ernste
Bemühung zu eigen mache, was seine größten Geister ge-
schaffen haben. Das geschieht nicht dadurch, daß Sie, ledig-
lich zuhörend, einige Volkskonzerte besuchen. Es geschieht
aber, wenn Sie durch dauerndes Studium großer Werke
sich mehr und mehr in diese vertiefen und sie so recht eigent-
lich für sich erwerben. Die größte Freude wird sein, wenn
Ihre musikalischen Fähigkeiten derart zu Fertigkeiten ge-
steigert sind, daß sie mit Leidenschaft jährlich mehrere
große Werke studieren und aufführen können. So weit
sind wir noch nicht; deshalb müssen die Notensstudien immer
noch weiter betrieben werden, ich hoffe aber, wir gelangen
nach und nach dahin, daß wir die Volkskonzerte nicht nur
für das Volk, sondern wenigstens teilweise auch durch das
Volk geben können. Dazu ist aber nötig, daß der Volkss-
chor wachse. . . . Um vor Täuschungen zu bewahren, be-
töne ich nochmals, daß in den Zusammenkünften des Volkss-
chors nicht leichte Lieberchen gelangen werden, sondern daß
ihre Zweck zunächst der ist, Musik lesen zu lernen,
um dadurch für höhere Aufgaben befähigt zu werden. Ich
hoffe, ja ich bin gewiß, daß ich unter Ihnen Mitarbeiter
genug finden werde, um mit dem Volksschor einen stolzen
Bau aufzuführen, der ein echter Tempel der Kunst sein und
allen Städten ein rühmliches Vorbild werden soll. Ich lasse
mich gern einen unverbesslichen Idealisten schelten, aber ich
glaube nun einmal an die Macht und an den Sieg hoher
Ideen und auch daran, daß sie in unserer ganzen Volk, in
allen Schichten desselben lebendig und wirksam sind.“ —

Ein Mittelstandschüler über Konsumvereine.

Wer die Tätigkeit des Abgeordneten Camp im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus kennt, weiß, daß es keine reaktionäre Maßnahme vor allem auf dem Gebiete der Gewerbeordnung gibt, die sich seiner nicht als Urheber Vater oder Verantwortlicher zu rühmen hätte. Unserer Erinnerung nach hat er auch die beschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Konsumvereine befördert. Es ist merkwürdig, daß wenigstens, so weit wir feststellen können, noch niemand darauf aufmerksam gemacht hat, daß Herr Camp in einer amtlichen Denkschrift sich einmal für die Konsumvereine sehr warm ausgesprochen hat. Da dieses Material zur Abwehr mancher Äußerungen von amtlicher und von konservativer Seite recht gut verwendet werden kann, so geben wir trotz der im einzelnen vielfach abweichenden Meinung Herrn Camp auch in diesen Blättern das Wort. Am Herbst 1889 verfaßte der Vertragsende Rat im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Oberregierungsrat Camp eine Denkschrift betreffend die Konsumvereine, die Bewegung der Arbeiter und die Maßregeln zu ihrer Bekämpfung. Aus derselben wird ein sehr umfangreicher Auszug von 63 Seiten von Heinrich v. Fölscher als Inhalt seines Werkes „Kürst. Wiemar als Volkswirt“, dritter Band (von 1885 bis März 1890) veröffentlicht. Auf S. 276 bis 378 dieses Bandes finden wir ein Kapitel über Konsumvereine. Es heißt da: „Es liegt in der Natur der Sache, daß die Arbeiter, welche ihre Lebensbedürfnisse nur in kleinen Portionen einzukaufen vermögen für dieselben erheblich höhere Preise zu bezahlen genötigt sind, als die wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung, welche mehr im Großen einkaufen und sich auch die billigeren und besseren Bezugsquellen anzuschauen in der Lage befinden. Liegt hierin schon ein großer Nachteil für die Arbeiter, so sind dieselben geradezu einer willkürlichen Erhöhung der Preise und einer maßlosen Ausbeutung ausgesetzt, wenn sie die Waren auf Kredit entnehmen und mit der Verzinsung ihrer Schuld in Rückstand kommen. Die Arbeiter müssen dann die höchsten Preise, die ihnen in Rechnung gestellt werden, auf das Los bezahlen, häufig Waren, die sie gar nicht notwendig brauchen, kaufen. Kurz, sie geraten in eine völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von den Kleinhändlern. Diese Verhältnisse sind in einzelnen Gegenden des Staates, namentlich in Oberhessen, zu einer förmlichen Sklaverei geworden und bedrohen zahlreiche Arbeiterfamilien mit völliger wirtschaftlicher Armut.“ Camp führt dann aus, daß hierin ein Grund liege, höhere Löhne zu fordern, sich „den Aufreizungen gewisser Agitatoren leicht zugänglich und leicht geneigt“ zu machen. Er bezeichnet dann weiter, sicherlich mit Unrecht, „diese Kleinhändler und Schankwirte als die Hauptheber und Schürer der Bewegung“ und kommt dann zu dem Schlusse: „Zur erfolgreichen Bekämpfung dieser Mißstände empfiehlt sich die Bildung von Genossenschaften zur Beschaffung billiger Lebensmittel für die Arbeiter.“ Er wünscht da, daß der Staat als Arbeitgeber mit der Errichtung solcher Genossenschaften selbstständig vorangehe. Aus seinen Ausführungen wollen wir noch die folgenden Sätze hervorheben:

„Am allgemeinen möchte nur ein Gesichtspunkt zu beachten sein, dessen Ignorierung auch in den Kreisen der selbständigen Arbeiter (!!) eine gewisse Voreingenommenheit

gegen diese Genossenschaften veranlaßt hat, nämlich der, daß zu der Verwaltung derselben Vertrauensmänner der Arbeiter berufen und denselben auch gewisse Rechte in Bezug auf die Verkaufspreise eingeräumt werden möchten. Als Hauptagitationsmittel gegen die Konsumvereine wird meistens von den Gegnern der Umstände verwertet, daß die Preisauflage bei den notwendigen Lebensbedürfnissen vielfach prozentual höher seien als bei Genuss- und Luxusartikeln, ein Einwand, dem eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann.“ Wir glauben kaum, daß Herr Camp der Beweis dieser Behauptung gelingen würde. Er fordert eine stärkere Kontrolle durch die Arbeitgeber. Er will auch, daß zur Verringerung der Bedürfnisse der Konsumvereine in erster Linie kleine Handwerker herangezogen werden, denen damit ein constant, abnahmefähiger und bar zahlender Abnehmer für ihre Erzeugnisse geschaffen wird.

Auch über die Ausführungen des Herrn Camp nicht überall einverstanden ist, wird zuerben, daß seine Beurteilungen gar nicht wertlos sind; sie können bei manchen Stämmen sehr wohl gegen die Gegner der Konsumvereine von einem gebildeten Redner verwertet werden. —

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Buchbinder. In der Galanteriewarenfabrik von Leitzner u. Comp. in Dresden, Holbeinstr. 70, legten 16 Arbeiter wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder. —

Der Glasarbeiter-Ausstand in Dänemark ist nun durch Verhandlungen einer gemeinsamen Kommission beigelegt worden. Es wurde beschlossen, daß in Zukunft auch in solchen Fällen die vierzehntägige Kündigungsfrist inanzubehalten ist, wo aus Anlaß von Streiks oder Aussperrungen im Inland oder Ausland eine Arbeitsunterbrechung oder Aussperrung beabsichtigt wird. —

Sämtliche Maurer Barcelona sind in den Ausstand getreten. —

Aus der Schweiz. Nach mehr als einjähriger Unterhandlung zwischen Vertretern der Buchdrucker, Gehilfen und Buchdruckereibesitzer in Zürich ist eine Einigung dahin zustande gekommen, daß der wöchentliche Minimallohn von 31 auf 35 Frank und die Berechnungsgröße um 10 Prozent erhöht werden. Bezüglich der Tarifverhältnisse der Malchermesse werden die Unterhandlungen fortgesetzt. — In Bruntrut streikten die Arbeiter der Uhrenfabrik von Bovin, Manin, Juret u. Co. wegen Verletzung der Tarife. — In der Färberei und Druckerei von Vindemeyer in Kleinmünchen bei Basel haben die Drucker wegen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. — Der Verband der Post-Telegraphen- und Postanstalten beschloß in seiner in Luzern abgehaltenen Delegierten-Versammlung, in Zukunft auch die Interessen der eidgenössischen Alkoholverwaltung zu vertreten, ferner gegen die Beschneidung von Angestellten im Dienste bei der zuständigen Stelle Klage zu erheben und endlich wurde in einer Resolution Protest erhoben gegen das vorliegende Ansuchen gewisser Arbeitgeber und hauptsächlich auch gegen die Aufhebung der Organisationen, die einer Verletzung der Vereinsfreiheit gleich kommt, sowie gegen die vorerwähnte Antwort der Zollverwaltung betreffend Abgabe von Dienstboten, in welcher Angelegenheit der Generalsekretär, unser Genosse Willschlegel, beim Bundesrat vorstellig werden soll. —

Der Verband der Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands hält am 17., 18. und 19. Februar 1902 in Mainz seinen fünften Verbandstag ab. Als provisorische Tagesordnung sind folgende Punkte vorgegeben: Geschäftliche Angelegenheiten; Bericht des Vorstandes, des Verbandsauschusses und der Preiskommission; Unsere fernere Taktik bei Lohnbewegungen mit besonderer Berücksichtigung der Streiklausel; Berichterstatter: A. Knoll (Berlin); Streiks und Streikunterstützung; das Unterstützungsweisen im Verbands; Neuordnung der Beitragspflicht und Statutenberatung; Fachorgan; Wahl der Verbandsbeamten und der nächste Verbandstag etc. —

Der Redakteur des „Steinarbeiter“, Genosse Othmar Schmidt, ist vom Schöffengericht zu Nixdorf wegen Beleidigung durch die Presse zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Straftat wurde in einem Artikel geübt, der einem Werkführer in Striegau Tarifsäufung vorwarf. —

Soziales.

Ein Verbandstag des Verbandes deutscher Mietervereine wird zum 2. November nach Erfurt einberufen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung lautet: Welche Forderungen stellen wir an die Gemeinden in Bezug auf die Wohnungsreform? In den hierzu eingelaufenen Anträgen heißt es unter anderem: „Es ist mit aller Energie dahin zu wirken, daß die Kommunen das ihnen gehörige Land nicht an Bau- und Bodenbesitzer verkaufen dürfen, sondern darauf selbst Häuser, hauptsächlich mit kleineren und mittleren Wohnungen, bauen.“ (Antrag des Verein-Präsidenten.) „Der Deutsche Mieter-Verbandstag hält die in den unidirektionalen Wohnungserlassen empfohlenen kommunalen Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot und deren Ursachen für dringend erforderlich, bedauert, daß trotzdem viele Gemeinden diese Maßnahmen, wozu zur Zeit die gezielte Pächterförderung nicht ergreifen haben. Aus diesem Grunde bittet der Verbandstag um die Erlassung eines geeigneten Wohnungsfürsorgegesetzes zur Einführung einer Wohnungsindefizien. Bekämpfung des Boden- und Mietswunders und Beseitigung des Mangels an gesunden, billigen und kleinen Mietwohnungen. Der Verbandstag wolle beschließen, durch eine zu erwählende Kommission allgemeine Grundzüge für die Kommunal- und Steuerpolitik der gesamten deutschen Mieterchaft aufstellen zu lassen, welche bis zum nächsten Verbandstag als ein provisorisches Programm für das Vorgehen der Mieterchaft dienen sollen.“ (Anträge des Vereins Nixdorf.) —

England — ein sozial zurückgebliebener Staat. Auf dem nationalsozialen Parteitag trat der Kaufmann Behlmann-Sobhanow, ein Engländer (Engländerfreund), dem Bärner Kameraden entgegen, der gesagt hatte, England sei sozial weiter fortgeschritten als Deutschland. Sein Urteil ist so interessant, daß wir es wörtlich wiedergeben, zumal es bisher von einer gewissen Seite als vorbildlich gerade auch in gewerkschaftlicher Beziehung hinstellt wird. Er sagte: „Kommun hat unrecht, wenn er meint, England sei sozialpolitisch weiter als wir. England ist liberal fortgeschritten, aber nicht sozial, der Engländer ist Individualist, und sein Land ist in sozialer Beziehung fünfzig Jahre zurück. Die Trade Unions sind keine sozialpolitische Kraft; sie haben wenig Schwimmer von sozialem Verständnis, sie sind von krassem Ego-

Fenilleton.

Loß von der Scholle.

Roman in zwei Bänden von Luise Westrich.
(61. Fortsetzung.)

Als der Februar zu Ende ging, hatte die Gesellschaft ihr lang erwartetes Ereignis, die Verlobung Felix Bräunners mit der einzigen Tochter des Nummerower Gutsbesizers.

Walburg hatte dem Wunsch ihrer Eltern nachgegeben. „Ich bin nicht unglücklich“, versicherte sie Fräulein von Schliepen, an die sie sich in diesem Winter mit warmer Herzlichkeit angeschlossen hatte. „Das Leben ist eben nicht, was unsere Kinderphantasie sich darunter vorstellt. Als ich ganz klein war, führten der Hauslehrer, die Gouvernante und ein paar Cousinen im Nummerower großen Saal „Schneewittchen“ auf. Ich hatte etwas so Glänzendes nie gesehen und ich meinte, wenn ich nur mal hinter die Coulisien gucken dürfte, da wär' ich gleich ganz im Märchenland. Am Morgen schlief ich mich in den Saal, schlüpfte dahinter und sah graue Leinwand, häßliche Karbflecke, Spinnweben und Staub. So geht's mit dem Leben. Meines wird nicht öde sein. Wenn mein Mann im Reichstag Gesetze schaffen hilft, will ich mit Dir zu den Armen und Notleidenden gehen, wie diesen Winter, aber dann werde ich ihnen mehr zu geben haben als jetzt.“

Das Stiftsfräulein, das seine Bedenken bei diesem Programm einer jungen Braut hatte, schwieg dazu.

An einem Vormittag, als die Märzsonne schon warm auf die knospenden Bäume und Sträucher schien, schritten Tante und Nichte langsam, um den Goldfischteich im Tiergarten. Mide von den Sträubern der Verlobungsfeierlichkeiten, der endlosen Wintertour, wanderte Walburg schweigend dahin, wie eine Geneiende sich des fremden Sonnen Scheins freuend, der sprossenden Krokusblüten und Hyacinthen zu Füßen des Denkmals der Königin Louise, mit tiefen

Büßen die frühe Frühlingsluft einatmend. Sie trug den Kopf hoch, Gang und Haltung erinnerten nicht mehr an das wilde Kind in Nummerow. Eine frapierende Vernehmlichkeit lag in ihrer Erscheinung. Sie war keine Schönheit, aber ihre Gestalt hätte einem Maler als Modell der hebeitsvollsten Stagnation dienen können. Das alte Fräulein betrachtete sie mit Liebe und leiser Besorgnis. „Mild“, dachte sie, „mild wie ein Stund, das zu rasch wächst. Ach fürchte sie ist zu rasch in diese Verlobung hineingewachsen.“

Da sah sie Walburg erschrecken, ein Ritzern durchließ die ganze Gestalt, und in die seit Wochen Frankheit bleichen Wangen schoß gewaltig das Blut. Fräulein Annette streifte mit scharfem Blick den Herrn, der hinter dem noch unbelaubten Rosmarin hervorbog, und auf dem engen, einsamen Weg den Spaziergängerinnen begegnete mußte. Sie erkannte auf den ersten Blick das haager gewordene Gesicht, dessen Züge sich traurig verschärft hatten seit der Abschiedsstunde in Nummerow, da sie es zum letzten Male sah. Sie hatte immer für den Sohn ihrer alten Freundin, der Majorin von Thadden, viel übrig gehabt. Ein Brausekopf, ein Unbefonnener, — aber keiner, der lag! Und wenn ihr welt-erfahrenere Sinn auch anerkannte, daß thörichte Hoffnungen zerbrechen müssen, so sah ihr warmes Herz doch nicht ein, warum an den Scherben die Menschen sich unheilbare Wunden reißen sollten. In den nicht auf sie gerichteten Augen des jungen Mannes las sie einen Entschluß, während er ehrlichsvoll den Hut zog. Und da er auf Walburg zutraf, wandte sie sich nach kurzem Gruß zum Teich, mit dem mitgebrachten Rosenen die Goldfische fütternd.

So waren sie wieder allein zwischen knospenden Sträuchern unter sonnigem Himmel. Die Hummel summt ihr Frühlingslied um sie, zwei zu früh ausgefrorene Schmetterlinge sagten einander wie damals.

„Gnädiges Fräulein“, sagte Joachim mit bewegter Stimme, „da der Zufall uns zusammenführt, gestatten Sie auch mir den Wunsch auszusprechen, der, wie Sie wohl

glauben werden, mein ganzes Herz erfüllt: — mögen Sie glücklich werden!“

Sie wandte, sie hatte Mühe, sich aufrecht zu halten diesem warmen, zärtlichen Blick gegenüber, der ihrer Phantasie vorgeschwebt hatte in trägen Tagen und schlaflosen Nächten, und der in seiner Wirklichkeit sie nun fast überwältigte. Aber ihre sittliche Empörung gab ihr Kraft.

„Ach danke Ihnen“, antwortete sie eilig. „Ach habe allerdings nicht angenommen, daß Sie sich meiner unbedeutenden Person noch erinnern.“

Schweigend wollte sie vorübergehen. Er vertrat ihr den Weg.

„Mein gnädiges Fräulein, diesen Zweifel hab' ich nicht verdient. Wenn ich jetzt Ihren Weg zu kreuzen wagte, es geschähe einzig, um jeden Schimmer einer Selbstanklage von Ihrer Seele zu nehmen, mit der Sie in übertrieben feinem Embfinden sich etwa quälen könnten. Was Ihre Verwandten Ihnen auch über mich gesagt haben mögen —“

Walburg wandte sich. Entrüstung sprühte aus ihrem Gesicht.

„Meine Verwandten? — Herr von Thadden, niemand hat Ihr Bild aus meinem Herzen gerissen, als Sie selbst. Niemand sonst hätte es gekonnt.“

„Als ich? — Gnädiges Fräulein, um Gottes willen!“ Die blanke Fläche des Teichs, das zürnende Mädchen, der blaue Himmel drehten sich um Joachim. Qual und Jubel rangen in seiner Brust. Aber der Jubel überwog. Sie hatte ihm Treue halten wollen! War denn so Göttliches wirklich in dieser entgötterten Welt? Geschehen heut noch Wunder?

„Wenn Sie wüßten“, stammelte er, „was Sie mir scheiden mit diesem Vorwurf! Wie alles in mir jubelt, daß ich an Eines, Eines! dennoch glauben darf! An Sie!“ —

Ein Schrecken kam über sie bei seiner Erregung. Die alte Liebe stand auf und widersprach dem Zeugnis ihrer Augen.

Die Vernichtung des Mittelstandes wird bekanntlich den Konsumvereinen zur Last gelegt. Es ist nun klar, so schreibt der „Schweiz. Konsumverein“, daß, wenn eine Kategorie von Mittelstandsmittgliedern durch die Konsumvereine vermindert worden wäre, dies die Spezereihändler sein müßten, denn diese sind es ja in der Hauptsache, denen die Konsumvereine Konkurrenz machen. Um nun einmal diese Behauptung auf ihre Richtigkeit zu prüfen, haben wir uns die Mühe genommen, für den Kanton Basel-Stadt festzustellen, ob die Zahl der Spezereihändler absolut oder auch nur relativ zur Einwohnerzahl abgenommen hat. Unsere Ermittlungen haben folgendes Resultat ergeben:

Jahr	Zahl der Spezereihändler	Zahl der Einwohner	Es kommt ein Spezereihändler auf Einwohner
1877	115	60 000	522
1880	159	65 000	409
1890	181	78 000	437
1900	273	112 842	413

Wir sehen also, daß trotz des Konsumvereins die Zahl der selbständigen Spezierer nicht nur nicht abgenommen hat, sondern in 23 Jahren von 115 auf 273 gestiegen ist, sich also um circa 137 Prozent vermehrt hat. Die Zahl der Einwohner dagegen ist im gleichen Zeitraum nur um circa 88 Prozent gewachsen; mit anderen Worten, die Spezereihändler haben sich schneller vermehrt als die Bevölkerung. Während 1877 auf 522 Einwohner ein selbständiger Spezereihändler kam, mußten 1900 schon 413 einen solchen unterhalten. Also selbst für Basel, wo der stärkste Konsumverein der Schweiz wirkt, läßt sich nicht ein Schein von Verweis für die behauptete Vernichtung des Mittelstandes durch Konsumvereine erbringen. Wie würde es damit erst stehen, wenn man für die ganze Schweiz eine derartige Statistik aufstellen könnte?

Die obige statistische Zusammenstellung giebt uns ein Recht zu der Behauptung, daß nicht die Konsumvereine, sondern die Uebersetzung des Zwischenhandels daran die Schuld trägt, wenn heute viele Kleinhandwerker sich in ihrer Existenz bedroht fühlen.

Ein schon gewordenes Pferd durchstieß am Montagabend gegen 6 Uhr die Stahlgartenstraße. Ein des Weges kommender Arbeiter wurde von dem Tier zu Boden gerissen. Der Bedauernswerte zog sich ganz erhebliche Verletzungen am Kopfe und am Körper zu. Er mußte in die städtische Krankenanstalt überführt werden.

Der Herbst, der griesgrünige Herbst ist nun thätiglich eingezogen, und hat all' die bösen Plagegeister mitgebracht, die den Uebergang zum Winter so unlieb machen. Der Herbst war im Anfang so schön, daß man ihn immer hätte festhalten mögen. Aber er ist über Nacht auf und davon gegangen und hat uns seinen griesgrünigen Zwillingshinterlassen, der mit all' den Schrecknissen des Schnupfens, der Anflutungen der Gefäßwände, und wie die Uebel alle heißen mögen, die Welt erjährt. Das lustige leichte Sommerkleid ist nun endgültig in den Kleiderkasten zurückgewandert, und der ungar schüttende ober Gürtel Heber-

nicht anzündlich muß, entgegen. Von einer rein herbstlichen Färbung unserer Laubbäume ist bis jetzt allerdings noch wenig zu spüren. Hoffentlich bewahrt sich die alte Danerregel nicht, wonach das lange Festhalten des Laubes im Herbst einen strengen und andauernden Winter erwarten läßt.

Lampenexplosion. Am Dienstagabend explodierte im Hause Rotenbühlstraße 17 eine Lampe, wobei die in der Nähe stehenden Möbel in Brand gesetzt wurden. Von Hausbewohnern wurde das Feuer im Keime erstickt, so daß der eintreffenden Feuerwehr nichts mehr zu thun übrig blieb.

Beim Reinigen eines Revolvers, womit am Dienstag nachmittag das Dienstmädchen Anna S. beschäftigt war, entzünd sich plötzlich der Revolver und ein Schuß zerfetzte dem Mädchen einen Finger der linken Hand. Die Verletzte fand Aufnahme in der städtischen Krankenanstalt.

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters wird uns geschrieben: Hedwig v. Bindo, die neuentgangene Kriegerin, welche in der Aufführung von „Hals und Hand“ am Donnerstag debütierte, ist eine Tochter des bekannten Münchener Hofkapellmeisters v. Bindo und der berühmten Hedwig Wiemann-Plaque. Als nächste Klavier-Aufführung wird Grillparzer's dramatisches Werk „Arden“ vorbereitet.

Provinz und Umgegend.

Diesdorf, 7. Oktober. (In unserem sonst so friedlichen Dörfchen) grassiert zur Zeit die Denkmalspest. Was sich Berlin, Hamburg oder sonst eine Großstadt leistet, so denken unsere Patrioten, kann sich schließlich Diesdorf, wenn auch nur im Taschenformat ebenfalls leisten. Es handelt sich hier um die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die Zeit von 1864 bis 1871. Auf Beschluß des Komitees werden in den Wirtschaften Sammelbüchsen aufgestellt mit der gleichzeitigen Ankündigung, daß mit Genehmigung des Oberpräsidenten zu genanntem Zwecke für die Monate September, Oktober und November Hausfassungen veranstaltet werden. Da verschiedene Hofbesitzer sich bereits erboten haben, die zum Denkmalsbau notwendigen Fußten unentgeltlich zu machen, stehen dem Unternehmen, bis auf das bare Geld, sonderliche Schwierigkeiten nicht mehr im Wege. Wenn das Denkmalsbau noch weitere Fortschritte macht, dann können wir es noch erleben, daß jeder gut situierte Privatmann ein Denkmal auf seinem Grundstück errichten läßt.

Burg, 8. Oktober. (Bericht über die Wahlvereinsversammlung vom 7. Oktober.) Dem Bericht des Kassierers zufolge wurden im dritten Quartal einschließlich des Kassenbestandes vereinnahmt: 573 Mark 78 Pf., denen 200 Mark 70 Pf. Ausgaben gegenüberstehen. — Den Bericht über den Parteitag erstattete Genosse Drechsler. Die Diskussion, in der noch einmal die Recordmännerfrage gestreift wurde, endete mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie spricht aber zugleich ihr Mißfallen darüber aus, daß die persönlichen, mit der Arbeiterfrage in keinem Zusammenhang stehenden Erörterungen einen so breiten Raum einnahmen, daß wichtige Interessenfragen des Proletariats, wie z. B. die Wohnungsfrage, in ganz unzulänglicher Weise behandelt werden mußten. Die Versammlung erwartet, daß in Zukunft die eigentlichen Aufgaben der Parteitage wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden.“

In Bezug auf die Lokalfrage, die in der Versammlung gründlich erörtert wurde, stellte man sich auf den Standpunkt, daß in der bisher befolgten Taktik gegen den „Hohenzollernpart“ auch dann keine Aenderung eintreten darf, wenn das Lokal den Besitzer gewechselt haben sollte. Bis jetzt ist eine öffentliche Besitzübernahme noch nicht erfolgt. — Da in der dritten Abteilung der Stadtverordneten, durch den Tod des Stadtverordneten Klingmann, eine Nachwahl erforderlich ist, so wird auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung unsere eventuelle Stellungnahme zu dieser Wahl gestellt werden, worauf wir heute schon hinweisen möchten.

Unterschreibt die Petition gegen den Brotwucher!

Zur Unterschrift ist berechtigt:
jeder Mann, der für die Familie den Unterhalt zu beschaffen hat;
jede Frau, die unter Mühen und Sorgen den Haushalt zu führen hat, und
jede erwerbstätige jugendliche Person.
Zur Unterschrift ist verpflichtet:
jeder, der es ehelich mit sich, seinen Kindern, mit dem arbeitenden Volke, mit dem Staatswejen meint.

Unterschreibt alle!

Genthin, 7. Oktober. (Für den Gerichtsbezirk Genthin) ist ein Antrag erlassen zur Bildung eines Vereins zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene, der errichtet werden soll auf höhere Anordnung. Wenn man auch dem Bestreben, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf diesem etwas unbilligen Wege in ihrem Fortkommen nach der Entlassung

beobachtet in derartigen Veranstaltungen oder die ganze Zwiespältigkeit und Verkehrtheit besagter Ordnung so recht zum Bewußtsein. Auf der einen Seite sind die agrarischen und industriellen Raubritter eifrigst bestrebt, die große Masse des Volkes auszuplündern und auszubeuten und finden in diesem Vorgehen die Unterstützung der Regierungen. Das durch diese Ausbeutungspolitik und durch die häufigen Krisen mit ihrer Arbeitslosigkeit hervorgerufene Elend giebt immer breiteren Boden zur Entwicklung eines Verbrechertums als das Produkt unserer sozialen Verhältnisse. Anstatt andererseits um diese sozialen Verhältnisse zu bemühen zu suchen und so dem Verbrechertum den Boden zu entziehen, kommen bürgerliche Kreise her und errichten auf höhere Anordnung Wohltätigkeitsvereine, mit denen im günstigsten Falle nur ein ganz geringer Erfolg erzielt wird. Wahrscheinlich ein schöner Beweis sozialer Einsicht; zu fühlen scheinen aber jene Kreise, aus denen der Anruf stammt, daß wir jener Zeit entgegengehen, die der Ausbreitung des Verbrechertums besonders günstig ist. Wir aber haben die Pflicht, mit ganzer Kraft zu arbeiten an der Verbreitung unserer Ideen; Verbrechertum, Gefängnisse, und Wohltätigkeitsvereine werden erst verschwinden unter sozialistischer Wirtschaftsordnung.

(Verminderung der Arbeitsgelegenheit) macht sich auch in unserem Orte schon bemerkbar. Die Vauthätigkeit beginnt merklich nachzulassen und auch für ungelernete Arbeiter ist nicht besonders Arbeit vorhanden. Die Nachfrage ist erheblich größer als das Angebot. Daß um diese Zeit schon arbeitslose Leute vorhanden sind, ist für unseren Ort immerhin eine auffällige Erscheinung.

Blöthy, 8. Oktober. (Als Leiche aus dem Wasser gezogen) wurde heute früh der Maurer W. Brandt aus Gommern. Er hatte sich, wie man dem „Geschäftsanzeiger“ in Gommern mitteilt, am Sonntag vom Hause entfernt und wurde seit gestern von seinen Angehörigen gesucht. In dem ehemaligen Bollmeyer'schen Steinbruch hatte man zwar schon gestern etwas ungewohntes auf dem Wasser gesehen, jedoch erst heute bei Tageslicht erkannt, daß es ein Mensch sein müsse. Der Entsetzte hat am Sonntagabend in Preßien noch mit zum Tanze aufgespielt, und ist mit seinem Instrument, der großen Trommel, jedenfalls durch den heftigen Sturm verschlagen worden und in das nur flach mit Draht eingehetzte Steinbruchloch hineingeraten. Die am Rande dieses Loches aufgestübene große Trommel, hat hauptsächlich als Fingerzeig zur Entdeckung dieses Unglücks beigetragen.

Stendal, 7. Oktober. (Die Ermordung des Gutbesizers Wölmer) in Wendemark ist noch nicht im mindesten aufgeklärt. Die hiesige Staatsanwaltschaft erläßt infolgedessen nachstehende Bekanntmachung: „Der Mörder hat auf seiner Flucht eine neue Laterne verloren; an dieser Laterne befand sich noch die Geschäftsauszeichnung, auf welcher folgende Buchstaben und Zahlen

standen: G. M. 105/8 N. N. 6501.“ Der Staatsanwalt ersucht um Angabe des Geschäftes, in dem die Laterne gekauft ist, sowie um Angabe des Käufers zu den Untersuchungsakten.

Erfurt, 8. Oktober. (Von den Chinafreiwilligen) handelte ein Artikel, den der Redakteur Genosse Schirmer in der „Tribüne“ veröffentlichte und der aus einem süddeutschen sozialdemokratischen Blatte entnommen war. Durch denselben fühlte sich das Offiziercorps des 3. bayerischen Infanterieregiments Prinz Karl zu Augsburg beleidigt. Das Landgericht Erfurt verurteilte dann auch am 4. Juni d. J. den Redakteur Schirmer wegen Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe. Die Revision des Angeklagten, welcher Verurteilung des § 193 des Strafgesetzbuches rügte und behauptete, es sei nicht festgestellt, daß er mit der fraglichen Notiz denselben Sinn verbinden wolle, wie die Strafkammer annimmt, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Nordhausen, 8. Oktober. (Zum Kampf der Tabakarbeiter) wird von bürgerlicher Seite gemeldet: In dem seit 22 Wochen dauernden großen Ausstände der Arbeiter der Tabakindustrie beschloß der Verein der Nordhäuser Tabakfabrikanten, sämtliche von den Arbeitern nachgesuchten neuen Verhandlungen abzulehnen. Der Ausstand dauert somit unverändert fort.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Mittergute zu Kläden brannte Freitagabend die mächtige massive Scheure vollständig aus — An den Brandwunden gestorben ist die zehn-jährige Tochter des Bergmanns Krause in Staßfurt, die infolge Explosion einer Petroleumlampe, wie berichtet, schwer verletzt worden war. — Die etwa 10-jährige Tochter Elise des Restaurateurs W. in Wernsdorf ist seit dem vorigen Sonntag mit dem Bergmann P., welcher schon eine bewegte Vergangenheit hinter sich hat und Frau und Kind zurückläßt, spurlos verschwunden. — Am Sonntag wurde in der Nähe der Allenburger Bahnhofsstraße in Reitz die Leiche der verstorbenen Frau Sattler H. aus der Oster gezogen. Vor etlichen Monaten hatte ihr Mann auf dieselbe Weise den Tod gesucht. — Einen recht bedauerlichen Tod erlitt Herr Bürgermeisterschreiber Müller in Weimar, der sich im Zustande hochgradiger Nervosität aus einem Fenster seiner Wohnung stürzte und sofort tot blieb.

Vermischte Nachrichten.

* Sind die Zusassen eines Buchthauses „Einwohner“ im Sinne des preussischen Gemeindevahlgesetzes? Ueber diese Frage streitet man sich in Werden a. d. R. In Werden umfaßt nach der Volkszählung von 1900 die ortsangehörige Bevölkerung 10 000 Köpfe. In dieser Zahl sind aber 62 Zusassen des Buchthauses mit einbezogen. Der Bürgermeister hat nun zureichend die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen im November aufgestellt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes für Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern. Aus der Bürgerliste heraus aber ist nach der „Westf. Rundschau“ der Oberpräsident erucht worden, die Stadtverwaltung zur Aufstellung neuer Listen gemäß den Bestimmungen für Städte mit weniger als 10 000

Einwohner zu verpflichten. —

* Etwas von der amerikanischen Polizei. Ein scharfes Licht wirft auf die Korruption der New-Yorker Polizei ein Vorkall, der sich jüngst ereignet hat. Um die offiziellen Polizeivorgänge in ihrer Tätigkeit zu unterstützen, hat Frank Wolf eine Liga von Detektiven, die „Society for the Prevention of crime“, gewöhnlich „Parkhurst Society“ genannt, gegründet. Einem der Parkhurst-Detektiven, Dillon, wurde nun von einem Stadtpolizisten der merkwürdige Vorschlag gemacht, gegen eine monatliche Entlohnung von 250 Dollar die Verbrecher, welche die Parkhurst festzunehmen sich anschickt, rechtzeitig zu avisieren und entfliehen zu lassen. Als Dillon Schwierigkeiten machte, bemerkte Witney, der Municipal-Polizist, daß man gerne auch 500 Dollar zahlen würde und sogar zu Extra-Gratifikationen bereit wäre. Daraufhin verteilte Dillon das erste Monatsgehalt und begab sich, nachdem er dasselbe eingesteckt, zu seinem Chef, dem er den ganzen Vorgang berichtete. Er wurde ermahnt, die Sache weiter zu verfolgen. Bald erhielt Dillon eine vollständige Liste aller jener Verbrechereinfunkten, welche die Stadtpolizei gegen eine erhebliche Entlohnung nie ernstlich zu beunruhigen versprochen hatte. Auch wurde er mit den kabbalistischen Worten betraut gemacht, welche er an die ehrenwerten Besitzer der betreffenden Lokale zu telephonieren hätte, damit die Herren ihre bedrohten Klienten rechtzeitig warnen könnten. Endlich erfuhr er, welche Detektive an diesem äußerst humanitären Unternehmen beteiligt sind und was für Gratifikationen sie beziehen. Herr Frank Wolf gelangte auf diese Weise zu der wenig erfreulichen Ueberzeugung, daß alle Stadtpolizisten samt ihren unmittelbaren Vorgesetzten in dieser Verbrechereinfunkten beschäftigt wären. Er versichert mit Recht, daß eine solche Polizei die vielen Millionen, die sie New-York jährlich kostet, nicht wert sei.

* Pasteur als „zerstreuter Professor“. Eine hübsche Pasteur-Anekdote erzählt anlässlich der Einweihung seines Denkmals in Arbois der „Figaro“: Pasteur war zerstreut, wie so viele andere große Männer. Es ist auch bekannt, wie hartnäckig und heftig er seine Meinungen zu verteidigen pflegte. Nach dem Kriege war er zu der Familie seines Lieblingsknechters nach Clermont gekommen, um sich einige Tage auszurufen. Am ersten Abend entspann sich bei der Mahlzeit eine Diskussion über die religiöse Frage. Pasteur war gläubig, sein Schüler war mehr als skeptisch. Der Streit wird sofort sehr lebhaft, bei der Suppe ist der große Gelehrte schon außer sich. Und alsbald hat er bößig verurteilt, bei dem er sich aufhält, und als ob er noch auf seinem Katheder säße, schreibt er plötzlich seinen jungen Gegner, der sich gerade erlaubt hat, ihm ein etwas kräftiges Argument entgegen zu halten, an: „Mein Herr, Sie sind unverschämte... Machen Sie, daß Sie hinauskommen!“ Und damit wies er ihm die Thür. Der junge Mann respektierte seinen zerstreuten Lehrer und ging aus seinem eigenen Hause davon, um in dem benachbarten Hotel zu speisen.

